

Verehrte Abgeordnete! So weit die Erklärung als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen der Volkskammer. Wir haben vereinbart, daß wir diese Erklärung ohne Aussprache verabschieden wollen. Ich frage die Abgeordneten, wer dieser Erklärung zustimmt und bitte um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Erklärung mit einer Stimmenthaltung verabschiedet.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde „Versorgung der Bevölkerung der DDR mit Waren des täglichen Bedarfs“

Ich möchte daran erinnern, daß die Aktuelle Stunde Gelegenheit ist, daß sich die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen austauschen und ihre Standpunkte zu einem bestimmten Problem darstellen können. Es ist also eine Stunde speziell des Parlaments. Darum haben wir diese Aktuelle Stunde auch auf der Tagesordnung gelassen, obwohl wir wußten - gestern abend jedenfalls -, daß die Ministerin heute nicht anwesend sein kann. Es wird dann von seiten des Ministeriums erklärt werden, wie darauf reagiert wird. Ich denke aber, zunächst sollten wir den ersten Redebeitrag hören, der in das Ganze einführt, und ich gebe Ihnen dann Gelegenheit...

(Staatssekretär Dr. Jurisch geht zum Rednerpult)

Moment, bei einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten das erste Wort. Insofern kommen Sie als zweiter dran. Zunächst spricht für die Fraktion DBD/DFD die Abgeordnete Benzke.

Benzke für die Fraktion (DBD/DFD):

Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Von der Bevölkerung der DDR, vor allem auf dem Lande, wird heftige Kritik am unzureichenden Angebot an Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere von DDR-Erzeugnissen, geübt. Als größtes Problem stellt sich zur Zeit die Fleischversorgung dar, die in einigen Gebieten der DDR, z. B. in den Kreisen Bischofswerda und Kamenz im Bezirk Dresden, äußerst mangelhaft ist. In Potsdam erfolgt die Fleischversorgung bereits auf Zuteilung. In Brandenburg dagegen sind die Kühlhäuser voll, und der Einzelhandel nimmt nichts ab, die Fleischregale sind leer.

Nach Meinung der Fraktion DBD/DFD ist die Diskrepanz zwischen den vollen Ställen unserer Bauern und den leeren Fleischregalen in den Verkaufseinrichtungen nicht nur mit den Fehlleistungen einzelner Leiter zu erklären - wie es von Frau Minister Reider am 31.5. hier vor den Abgeordneten der Volkskammer getan wurde.

Als gutes Beispiel - um nicht nur Kritik zu üben - für eine den marktwirtschaftlichen Anforderungen entsprechende Entwicklung ist die im Bezirk Chemnitz gegründete Milchunion zu nennen. Hier haben es 10 Molkereien verstanden, DDR-Molkerei-Produkte mit gutem Geschmack und erweitertem Angebot zumindest in diesem Bezirk in ausreichenden Mengen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Sollte das nicht Anregung geben, das Problem der vielseitigen und ausreichenden Fleisch- und Wurstversorgung unserer Bevölkerung in der gesamten Republik zu klären?

Mangelhaft ist teilweise auch die Versorgung mit Kindernahrung - hier muß ein Achtungszeichen gesetzt werden -, mit Süßwaren aus der DDR-Produktion, wie dem Bundesvorstand des Demokratischen Frauenverbandes Deutschlands am 6.6. 1990 ganz konkret berichtet wurde.

Wie aus dem VEB Halloren Halle zu erfahren war, zeigte ein Selbstverkauf ihrer Produkte, daß die Nachfrage größer war als das Angebot. Der Handel aber nimmt die Produkte des Betriebes nicht ab, da er ausreichend mit BRD-Produkten versorgt ist.

Ausländischen Gästen fällt auf, daß in unseren Läden kaum noch eigene Waren erscheinen. Das führt zur Abschreckung u. a.

auch potentieller Investoren, weil diese Situation nicht das Vertrauen in unsere DDR-Wirtschaft untermauert, sondern sogar untergräbt.

Als Engpaß erweist sich ebenfalls die Versorgung mit Wasch- und Scheuermitteln, mit Drogerie- und Kosmetikerzeugnissen aus DDR-Produktion, was im Bezirk Potsdam bereits zu Hamsterkäufen bei Waschmitteln führte.

Im Bezirk und in der Stadt Dresden und in Leipzig werden vorwiegend Waschmittel aus der BRD-Produktion, die mehrfach teurer sind als unsere Produkte, angeboten. Hier hat der Kunde noch nicht einmal die Alternative der Wahl, sondern er kann nur das kaufen, was im Handel ist. Diese Erscheinung haben wir schon seit Monaten und wurde mir in Vorbereitung der Kommunalwahlen, also Anfang Mai, auch aus Landgemeinden berichtet, speziell aus meinem Wahlbezirk, Kreis Merseburg im Bezirk Halle.

Das ist eine Erscheinung, die sich schon über einen längeren Zeitraum hinzieht.

Unverständnis gibt es in der Bevölkerung zunehmend darüber, daß einerseits durch extreme Preissenkungen teilweise unter dem Materialeinsatzpreis hochwertige Waren verschleudert werden, andererseits aber keine kontinuierliche Versorgung gewährleistet werden kann. Das stellt auch eine hochgradige Mißachtung der Produktionskollektive dar.

Mangelercheinungen gibt es bei Schuhen, Kinderschuhen, Strumpfhosen. Man müßte eigentlich lachen, Strumpfhosen als Mangelercheinung, aber in der Stadt Dresden gab es in der vergangenen Woche keine Strumpfhosen zu kaufen, wie uns berichtet wurde. In der Stadt Halle werden in einigen Geschäften jetzt statt Sommerschuhen Stiefel angeboten.

Um die aufgezeigten Diskrepanzen zu beseitigen, kann man jedoch nicht ausschließlich auf die Hilfe und Reaktion seitens der Regierung warten. Jeder Leiter, ob er sich nun noch als Betriebsleiter oder als Direktor bezeichnet oder als Geschäftsführer bei einer Umbildung, muß Initiative ergreifen und eigenständige Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, wie z. B. Direktbelieferung des Einzelhandels oder aber zu den Möglichkeiten des ambulanten Verkaufs greifen, wie es Süßwaren ja fabriziert hat.

Aufmerksam machen möchte die Fraktion der DBD/DFD ebenfalls auf ein Problem, das uns aus Berlin-Lichtenberg bekannt wurde. Dort ist eine große Kaufhalle am Tierpark geschlossen, und weitere Kaufhallen des Neubaugebietes, so die Massowerstraße und die Weitlingstraße, haben ihre Schließung zum Ende des Monats angekündigt.

Sicherlich sind Inventuren und Bestandaufnahmen vor der Währungsunion notwendig, nur sollte dies nicht auf Kosten einer kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs erfolgen.

Wir haben zwischenzeitlich heute morgen aus der „Berliner Zeitung“ erfahren, daß durch den Senator diese Schließung per Weisung aufgehoben wurde. Aber wir sprechen das Problem trotzdem an, damit im Republikmaßstab greift, daß hier nicht einzelne Leiter Schließungen wegen Inventuren vornehmen, wie es z. B. aus dem privaten Bäckerbereich angekündigt wurde, daß hier private Bäcker schon lange vor dem Tag der Währungsumstellung ihre Geschäfte schließen und auf die Währungsunion warten wollen, sondern hier müssen wir die kontinuierliche Versorgung auf jeden Fall absichern.

Aus den bisher genannten Problemen ergibt sich für die Fraktion DBD/DFD folgende Frage: Welche Strategie verfolgt die Regierung der DDR vor und nach der Währungsunion, um diese Problematik im Interesse der DDR-Bevölkerung zu lösen? Und was gedenkt die Regierung zu tun, um kurzfristig die Versorgungslage zu stabilisieren und Versorgungsengpässe unter besonderer Berücksichtigung von DDR-Erzeugnissen zu überwinden? - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)